



Geschäftsbericht 2014

KZVK

KIRCHLICHE
ZUSATZVERSORGUNGSKASSE
BADEN

A. Auf einen Blick

Bedeutende absolute und relative Kennzahlen	Kennzahl-Dimension	2014	2013	Prozentuale Veränderung
Bestandsentwicklung				
Mitglieder (Arbeitgeber)	Arbeitgeber	771	833	-7,44 %
Anwärter aus der Pflichtversicherung	Personen	63.420	59.720	+6,20 %
Versicherungsverträge in der freiwilligen Versicherung	Verträge	2.403	2.350	+2,26 %
Rentner	Personen	6.040	5.617	+7,53 %
Versicherungstechnische Einnahmen/Ausgaben				
Sanierungsgeld, Abrechnungsverband S	Mio. EUR	10,66	10,25	+4,00 %
Beiträge für die Pflichtversicherung, Abrechnungsverband P	Mio. EUR	29,25	27,12	+7,85 %
Beiträge für die freiwillige Versicherung, Abrechnungsverband F	Mio. EUR	1,64	1,65	-0,61 %*
Versicherungsleistungen	Mio. EUR	19,42	18,78	+3,41 %
Aktivseite				
Kapitalanlagen (Buchwert)	Mio. EUR	430,23	461,43	+6,76 %
Ergebnis aus Kapitalanlagen	Mio. EUR	21,70	15,49	+40,06 %
Nettoverzinsung aus den selbst verwalteten Vermögensanlagen (also ohne Rückdeckungsversicherungen)	%	4,08	3,48	+17,24 %
Passivseite				
Deckungsrückstellung	Mio. EUR	752,27	709,70	+6,00 %
Ergebnis-/Eigenkapitalsituation				
Verwaltungskostenquote	Mio. EUR	2,08	2,10	-0,01 %
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	Mio. EUR	0,011	-2,81	+100,38 %
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	Mio. EUR	228,16	228,17	+0,00 %
Bilanzsumme				
Bilanzsumme	Mio. EUR	753,57	712,00	+5,84 %

*vgl. zur näheren Erläuterung auf S. 12 dieses Geschäftsberichts

B. Lagebericht des Vorstands



Dr. Guido Panke
Vorstand

Die Kirchliche Zusatzversorgungskasse Baden (im folgenden KZVK oder Kasse genannt) ist eine kirchliche Stiftung des öffentlichen Rechts. Deren Aufgabe besteht als kirchlicher Versorgungsträger darin, die betriebliche Altersversorgung von Kirche und Diakonie nach Maßgabe des Versorgungstarifvertrages ATV-K umzusetzen. Die KZVK ist integraler Bestandteil der kirchlichen und diakonischen Gemeinschaft. Wir sehen es mithin auch als unsere Aufgabe, unseren Teil zur Unterstützung des kirchlichen und diakonischen Auftrages zu leisten.

Die Betriebsrente der Beschäftigten von Kirche und Diakonie ist ein existenziell wichtiger Baustein zur finanziellen Sicherung der Lebensgrundlage im Rentenfall. Für die Arbeitgeber ist die betriebliche Altersversorgung ein Instrument, um die Attraktivität des Arbeitsplatzes zu steigern und um qualifizierte Mitarbeitende gewinnen zu können. Zu diesem Zweck werden uns die hierfür notwendigen finanziellen Mittel anvertraut, die wir treuhänderisch verwalten.

Diesem Vertrauen stets gerecht zu werden, ist wesentlicher Bestandteil unserer Unternehmensphilosophie. Dies ist die Grundlage unserer Arbeit und für unser Handeln.

Allgemeine Entwicklung

Im Jahr 2014 gab es auf der Leitungsebene der KZVK Baden einen Personalwechsel. Herr Norbert Graf, der seit Juli 2013 als Stellvertreter des Vorstandes die Geschäfte der Kasse führte, wurde im März 2014 durch den Stiftungsrat mit Wirkung vom 1. April 2014 zum Vorstand bestellt. Herr Norbert Graf schied mit Ablauf des 30. Juni 2014 aus der Kasse aus. Im Jahr 2014 bestellte der Stiftungsrat der KZVK Baden Herrn Dr. Guido Panke mit Wirkung vom 1. Juli 2014 zu seinem Nachfolger.

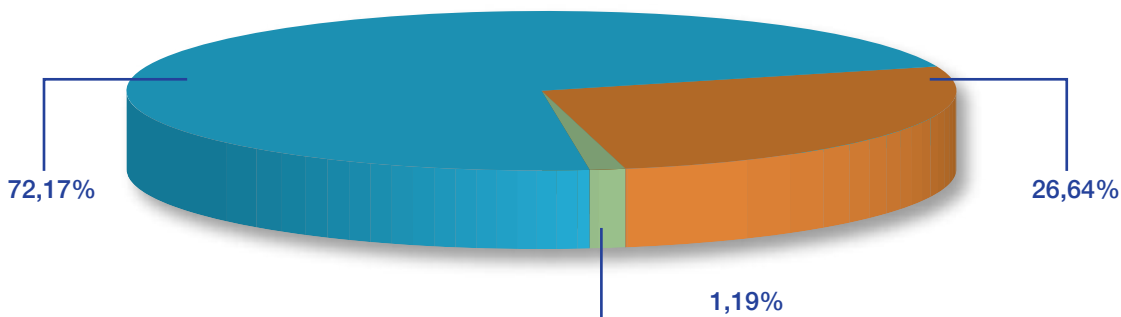
Nachdem die Evangelische Zusatzversorgungskasse die KZVK Baden bis Ende 2014 in strategischen Grundsatzentscheidungen und operativen Fragestellungen unterstützt hatte, beschlossen im März 2015 die Aufsichtsgremien beider Kassen eine Fusion einzuleiten, wobei die in Darmstadt beheimatete EZVK der aufnehmende Teil sein soll. Mithilfe einer externen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft wurden die wesentlichen Verträge zur Bestandsübertragung erarbeitet und ein grundsätzlicher Beschluss zur Zustimmung wurde vom Landeskirchenrat der Landeskirche im April 2016 herbeigeführt.

Die Anzahl der Versicherten zum Stichtag 31. Dezember 2014 im Vergleich zum Vorjahresstichtag sowie die im Berichtsjahr eingetretenen Veränderungen können der folgenden Aufstellung entnommen werden:

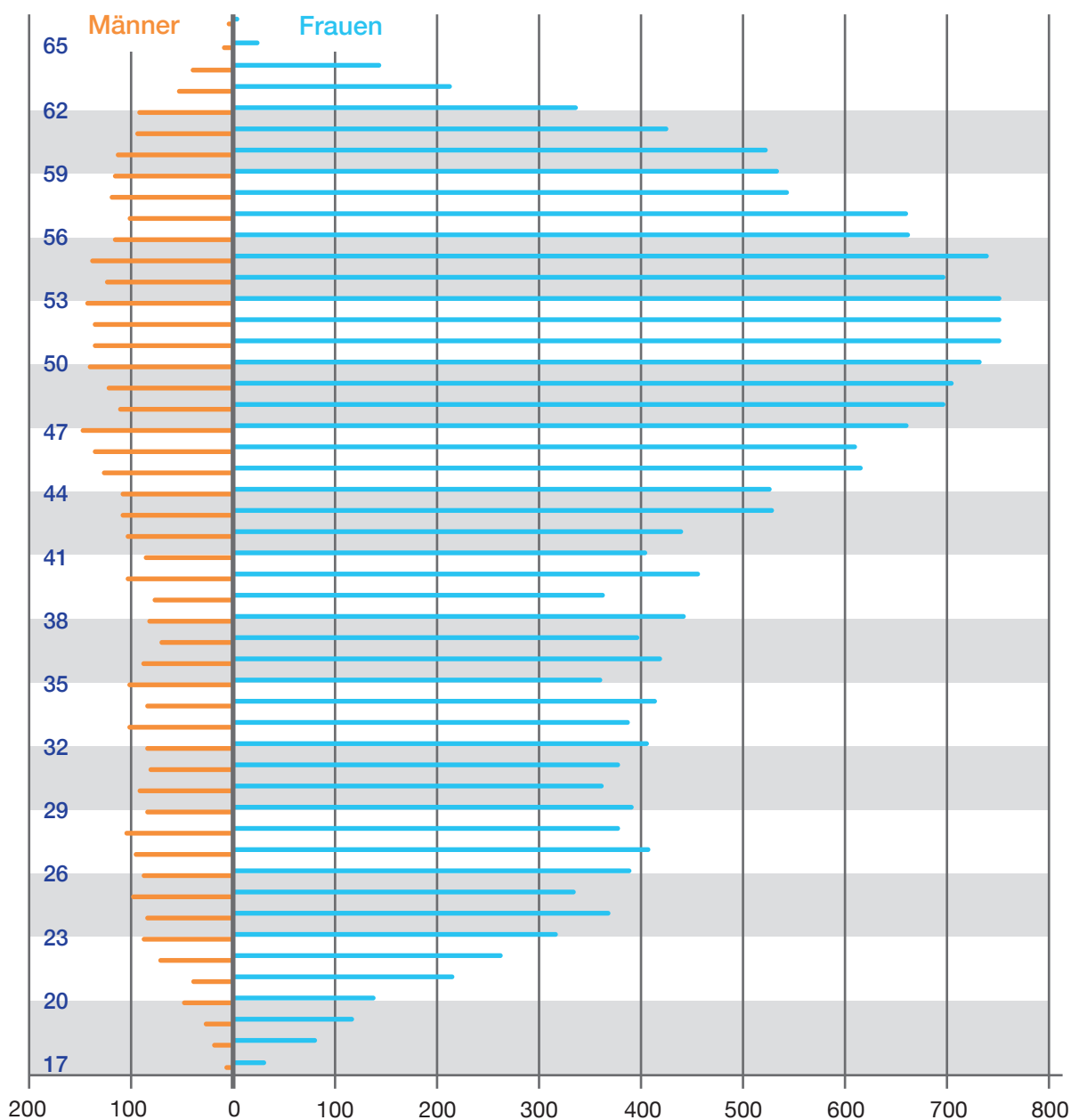
	31.12.2014 Anzahl	31.12.2013 Anzahl	Absolute Veränderung	Prozentuale Veränderung
Pflichtversicherte	26.231	24.987	+1.244	+4,98%
davon: männlich	4.550	4.364	+186	+4,26%
weiblich	21.681	20.623	+1.058	+5,13%
Beitragsfrei Versicherte	37.189	34.733	+2.456	+7,07%
Gesamt	63.420	59.720	+3.700	+6,20%

Wie sich die Pflichtversicherten auf die jeweiligen Mitgliedergruppen verteilen, zeigt die nachstehende Grafik:

- Pflichtversicherte aus dem Bereich der Diakonie per 31.12.2014
- Pflichtversicherte aus dem Bereich der verfassten Kirche per 31.12.2014
- Pflichtversicherte von sonstigen Mitgliedern per 31.12.2014



Die Altersstruktur der Pflichtversicherten kann dieser Darstellung entnommen werden:



Beitragseinnahmen und Sanierungsgeld

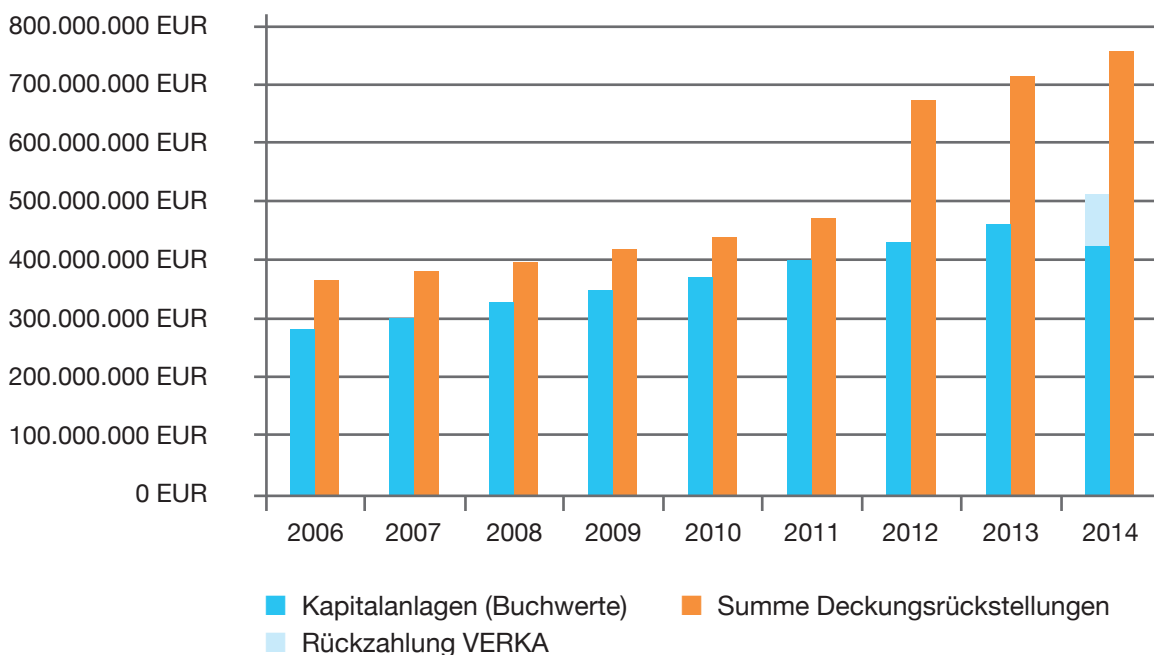
Im Abrechnungsverband S wird zur Ausfinanzierung der Startgutschriften ein Sanierungsgeld erhoben. Dieses betrug im Berichtsjahr 10.660.223 EUR (Vorjahr: 10.248.400 EUR). Wie bereits im letzten Geschäftsbericht festgestellt wurde, ist die im Jahr 2014 eingetretene Erhöhung im Vergleich zum Vorjahr nicht auf eine Erhöhung des Sanierungsgeldsatzes, sondern lediglich auf geänderte Bemessungsgrundlagen zurückzuführen.

Im Abrechnungsverband P wurden Beiträge in Höhe von 29.247.034 EUR vereinnahmt (Vorjahr: 27.161.468 EUR). Da sich vom Vorjahr zum Berichtsjahr keine Erhöhung des maßgebenden Beitragssatzes ergeben hat, ist die Veränderung des Beitragsvolumens insbesondere auf die gestiegenen Versichertenzahlen zurückzuführen.

Die erzielte laufende Bruttoverzinsung aus den selbst verwalteten Vermögensanlagen (also ohne Rückdeckungsversicherungen) beträgt für das Berichtsjahr 4,21 % (Vorjahr: 3,75 %). Die erzielte laufende Nettoverzinsung beträgt nach der vom Verband der Lebensversicherungsunternehmen vorgeschlagenen Formel für das Berichtsjahr 4,08 % (Vorjahr: 3,48 %).

Deckungsrückstellung

Die Deckungsrückstellung hat sich zum Stichtag 31. Dezember 2014 auf 752.269.879 EUR erhöht (Vorjahr: 709.695.300 EUR). Gegenüber dem Vorjahr ergibt sich damit eine Erhöhung um 6,0 %, welche auf ähnlichem Niveau wie die Veränderung von Ende 2012 bis Ende 2013 liegt (6,1 %). Diese Steigerungsraten resultieren im Wesentlichen aus der Vereinnahmung laufender Beiträge (Abrechnungsverbände P und F) sowie aus der rechnermäßigen Verzinsung der Deckungsrückstellung. Es gab keine Veränderung der in die Berechnung einfließenden Rechnungsgrundlagen.



Die Bedeckung der Deckungsrückstellung mit Kapitalanlagen sowie der Rückzahlung aus der aufgelösten Rückdeckungsversicherung bei der VERKA beträgt im Berichtsjahr 68,37 % (Vorjahr: 65,02 %).

Geschäftsergebnis

Nach der Gewinn- und Verlustrechnung beträgt im Abrechnungsverband S das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit 11.684.624 EUR (Vorjahr: 3.799.324 EUR). Durch dieses Ergebnis sinkt der dort bestehende nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag von 142.809.577 EUR auf 131.124.953 EUR.

Im Abrechnungsverband P beträgt das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit – 11.624.941 EUR (Vorjahr: – 6.380.447 EUR). Der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag des Vorjahres in Höhe von 82.706.233 EUR steigt im Berichtsjahr auf 94.331.175 EUR.

Im Abrechnungsverband F wurde ein Ergebnis von – 48.972 EUR (Vorjahr: – 225.979 EUR) ausgewiesen. Der Abrechnungsverband F teilt sich auf in den Tarif 2002 und den Tarif 2010. Im Tarif 2002 wurde ein Jahresergebnis erzielt in Höhe von – 99.714 EUR (Vorjahr: – 248.827 EUR). Der Tarif 2010 schloss mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 50.742 EUR ab (Vorjahr: Überschuss 22.849 EUR). Auf Vorschlag des Verantwortlichen Aktuars wurde der sich ergebende Jahresüberschuss im Tarif 2010 in Höhe von 50.742 EUR vollständig zugunsten der Minderung der Deckungslücke im Abrechnungsverband F genutzt. Damit ergibt sich für den Abrechnungsverband F ein nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag in Höhe von 2.704.478 EUR (Vorjahr: 2.655.506 EUR).

In der konsolidierten Betrachtung schließt das Berichtsjahr mit einem Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit in Höhe von 10.711 EUR (Vorjahr: – 2.807.102 EUR) ab. Unter Berücksichtigung des bisherigen Verlustvortrages, der Einstellung in die Verlustrücklage sowie der Entnahmen aus der Verlustrücklage ergibt sich eine Verringerung des nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrages von 228.171.316 EUR auf 228.160.605 EUR. Der im Berichtsjahr ausgewiesene Fehlbetrag betrifft – wie bereits im Jahr 2013 – alle Abrechnungsverbände.

Risikobericht

Grundlagen und Ziele des Risikomanagements

Das Risikomanagement der KZVK Baden besteht darin, die Unternehmensleitung der KZVK Baden in der Erreichung ihrer Ziele, in den Bereichen der Unternehmensphilosophie, der Unternehmensziele und der daraus abgeleiteten Strategien zur Gewährleistung des künftigen Erfolgs der KZVK Baden zu unterstützen und zu beraten. Außerdem trägt es dazu bei, die Funktion der KZVK als kirchlich-diakonischen Versorgungsträger zu gewährleisten und Risikokosten zu optimieren.

Als Risiko definiert die KZVK mögliche negative Ereignisse oder Umstände, die zu einem Schaden für die KZVK führen können (z.B. Vermögens- oder Reputationsschaden).

Das Risikomanagement der KZVK setzt sich aus den Elementen Controlling, internes Steuerungs- und Kontrollsystem, Risikomanagement und der internen Revision zusammen. Es umfasst den planmäßigen Umgang mit Risiken im Sinne der Risikovermeidung, -minimierung oder -begrenzung (aktives Risikomanagement) sowie die Risikoüberwälzung und -vorsorge (passives Risikomanagement).

März 2015 sind dann die von den Kassen individuell festgelegten Zusatzbeitragssätze den Berechnungen zugrunde zu legen.

- Im letzten Geschäftsbericht wurde das maschinelle Zahlstellenverfahren erwähnt. Die Notwendigkeit zu dessen Umsetzung ergibt sich insbesondere aus der Rechtsgrundlage des § 202 SGB V. Dabei handelt es sich um ein Beitrags- und Meldeverfahren, das zwischen der KZVK Baden und allen für die Bezieher von Versorgungsbezügen maßgebenden Krankenkassen durchzuführen ist, um die korrekte und vollständige Erhebung der Sozialversicherungsbeiträge zu gewährleisten. Um den zwingend vorgeschriebenen Datenaustausch in maschineller Form durchführen zu können, war die Harmonisierung der Bestandsdaten zwischen der KZVK und jeder relevanten Krankenkasse durchzuführen. Eine entsprechende Umsetzung ist zwischenzeitlich erfolgt. So konnte seit Beginn des Jahres 2014 eine bereits im Jahr 2012 vereinbarte Zusammenarbeit auf dem IT-Sektor zur Abwicklung des maschinellen Verfahrens zum Tragen kommen. Das Ziel dieser Kooperation besteht darin, Synergieeffekte durch die gemeinsame Nutzung des IT-Verfahrens zusammen mit anderen dem Verfahren angeschlossenen Partnerkassen erzielen zu können.
- Zu den rechtlichen Rahmenbedingungen gehören auch die von der Arbeitsrechtlichen Kommission (ARK) der Evangelischen Landeskirche in Baden vorgenommenen Rechtssetzungen, die auch für die KZVK Auswirkungen haben. Im letzten Quartal des Jahres 2015 hat die ARK eine Arbeitnehmerbeteiligung an den im Kapitaldeckungsverfahren in der Pflichtversicherung erhobenen Beiträgen ab dem 1. Januar 2016 beschlossen. Sie beträgt die Hälfte des über 4,8 % hinausgehenden Beitragssatzes.

Zusammenfassung


Der Prognosezeitraum wird vor allem von der angestrebten Umsetzung der Fusionsentscheidung gekennzeichnet sein. Hinzu kommt, dass die Kasse die oben beschriebenen Herausforderungen aus dem Finanz- und Versorgungsbereich bewältigt.

Bezüglich des Finanzbereichs zählt hierzu das Niedrigzinsumfeld an den Kapitalmärkten, das in Folge der Zinspolitik der Notenbanken im Prognosezeitraum und auch darüber hinaus voraussichtlich noch anhalten wird.

Im Versorgungsbereich wird der Erfolg der Kasse daran zu messen sein, inwieweit es der Kasse gelingt, ihren Handlungsauftrag aufgrund der verschiedenen Rechtsetzungen ordnungsgemäß in inhaltlicher Hinsicht und in einer angemessenen Frist zu erfüllen. Dies setzt die sorgfältige Planung der bestehenden organisatorischen, technischen und personellen Ressourcen voraus.

Karlsruhe, den 20. Mai 2016

Der Vorstand



Dr. Guido Panke

C. Jahresabschluss

Bilanz zum 31. Dezember 2014

AKTIVA	31. Dezember 2014		
	EUR	EUR	EUR
A. Immaterielle Vermögensgegenstände			228.318,98
B. Kapitalanlagen			
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken		651.198,00	
II. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		293.895.966,58	
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		36.869.357,00	
3. Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen,	68.400.000,00		
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen)	17.300.000,00		
		85.700.000,00	
4. Einlagen bei Kreditinstituten		12.650.014,01	
5. Andere Kapitalanlagen		5.200,00	
6. Rückdeckungsversicherungen		454.102,61	430.225.838,20
C. Forderungen			
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Mitglieder, Versicherte und Sonstige		2.176.643,38	
II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft		0,00	2.176.643,38
D. Sonstige Vermögensgegenstände			
I. Sachanlagen und Vorräte		28.053,00	
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand		5.756.924,88	
III. Andere Vermögensgegenstände		84.155.458,02	89.940.435,90
E. Rechnungsabgrenzungsposten			
Abgegrenzte Zinsen und Mieten			2.840.708,57
F. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag			228.160.604,91
Summe der AKTIVA			753.572.549,94

31. Dezember 2013	
EUR	EUR
	190.967,00
678.475,00	
256.941.059,18	
37.980.801,00	
70.400.000,00	
3.000.000,00	
19.893.315,51	
5.200,00	
72.528.281,14	461.427.131,83
2.273.751,18	
11.532.976,50	13.806.727,68
36.937,00	
5.771.044,63	
87.302,46	5.895.284,09
	2.513.237,35
	228.171.315,98
	712.004.663,93

PASSIVA	31. Dezember 2013		31. Dezember 2013	
	EUR	EUR	EUR	EUR
A. Eigenkapital				
Verlustrücklage		0,00		0,00
B. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Deckungsrückstellung laut versicherungsmathematischer Berechnung				
a) Abrechnungsverband S	374.836.385,00		379.075.108,00	
b) Abrechnungsverband P	355.075.053,00		310.486.864,00	
c) Abrechnungsverband F	22.358.441,00		20.133.328,00	
II. Rückstellung für Leistungsverbesserungen	0,00	752.269.879,00	0,00	709.695.300,00
C. Andere Rückstellungen				
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	669.225,00		660.025,00	
II. Sonstige Rückstellungen	281.598,59	950.823,59	430.582,42	1.090.607,42
D. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst-abgeschlossenen Versicherungsgeschäft ggü. Mitgliedern, freiwillig Versicherten und Sonstigen	198.387,11		796.109,34	
II. Sonstige Verbindlichkeiten	153.460,24	351.847,35	422.647,17	1.218.756,51
Summe der PASSIVA		753.572.549,94		712.004.663,93

Es wird bescheinigt, dass die unter Position B ausgewiesenen Deckungsrückstellungen den jeweiligen versicherungstechnischen Geschäftsplänen entsprechen.

Köln, den 13. Mai 2016

Der Verantwortliche Aktuar

Dr. Friedemann Lucius
Heubeck AG

Sonstige Angaben

Angaben zum Vorstand

Die KZVK wird gerichtlich und außergerichtlich durch den Vorstand vertreten. Die Aufgaben sind in der Satzung der KZVK und in der Geschäftsordnung für den Vorstand der KZVK geregelt.

Vorstand im Berichtsjahr war

- Herr Holger Rest (bis 30. März 2014)
- Herr Norbert Graf (19. März 2014 bis 30. Juni 2014)
- Dr. Guido Panke (ab 1. Juli 2014)

Die Pensionsverpflichtungen gegenüber ehemaligen verbeamteten Geschäftsführern und deren Hinterbliebenen sind durch die Bildung von Rückstellungen per 31. Dezember 2014 in Höhe von 669.225 EUR (Vorjahr: 660.025 EUR) berücksichtigt. Bei der Ermittlung der Rückstellungen zum 31. Dezember 2014 wurde die Verteilungsmöglichkeit nach Art. 67 EGHGB angewandt; der offene Zuführungsbetrag nach Art. 67 Abs. 2 EGHGB beläuft sich auf 153.303 EUR, die Zinszuführung für 2014 betrug 70.625 EUR.

Die laufenden Versorgungsleistungen gegenüber ehemaligen verbeamteten Geschäftsführern und deren Hinterbliebenen betrugen 47.948 EUR (Vorjahr: 46.890 EUR). Gegenüber dem Vorstand bestehen keine Pensionsverpflichtungen, da er als Angestellter in der gesetzlichen Rentenversicherung und nach Maßgabe des Versorgungstarifvertrages ATV-K bei der KZVK (betriebliche Altersversorgung) versichert wird.

Angaben zum Stiftungsrat

Der Stiftungsrat ist das Aufsichtsorgan der Kasse.
Er überwacht die Geschäftsführung des Vorstands.

Der Stiftungsrat setzte sich im Berichtsjahr wie folgt zusammen:

- Urs Keller, Oberkirchenrat, Karlsruhe, Vorsitzender
- Dieter Süss, Kirchenverwaltungsdirektor, Karlsruhe, erster stellvertretender Vorsitzender des Stiftungsrats
- Wolfgang Lenssen, Gemeindediakon, Teningen-Heimbach, zweiter stellvertretender Vorsitzender des Stiftungsrats
- Erna Dörenbecher, Kirchenoberrechtsdirektorin, Karlsruhe
- Jörg Maethner, Sozialpädagoge, Mannheim
- Ulrich Paul, Justiziar, Karlsruhe
- Lorenz Sauerborn, Gesundheits- und Krankenpfleger, Heidelberg
- Wilfried Thoma, Betriebswirt (VWA), Tauberbischofsheim
- Jürgen Unrath, Geschäftsführer, Heidelberg
- Dr. Christian Waterkamp, Geschäftsführer, Bruchsal
- Florian Wolf, Krankenpfleger, Karlsruhe

Die Mitglieder des Stiftungsrats erhalten neben der Erstattung der Fahrtkosten keine weiteren Bezüge oder sonstigen Leistungen.

Angaben zu den Mitarbeitenden

Die KZVK beschäftigte im Jahresdurchschnitt 16 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Angestelltenverhältnis (davon 4 Teilzeitbeschäftigte).

Karlsruhe, den 20. Mai 2016
Der Vorstand



Dr. Guido Panke

Die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit des Rechnungswesens, der wirtschaftlichen Verhältnisse und der satzungsgemäßen Verwendung der Erträge gemäß § 10 Abs. 3 KStiftG hat zu keinen Einwendungen geführt. Die Prüfung der Erhaltung des Stiftungsvermögens hat ergeben, dass das Stiftungsvermögen nicht in vollem Umfang erhalten ist.

Darmstadt, am 1. April 2016

CURACON GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Zweigniederlassung Darmstadt

Mast
Wirtschaftsprüfer

Stahl
Wirtschaftsprüfer

F. Bericht des Stiftungsrats

Der Stiftungsrat hat die satzungsmäßig obliegenden Aufgaben wahrgenommen und sich vom Vorstand durch schriftliche und mündliche Berichterstattung regelmäßig über Lage und Entwicklung der KZVK sowie über bedeutsame Geschäftsvorfälle unterrichten lassen. Darüber hinaus hat sich der Stiftungsrat vom Lenkungsausschuss, der als beratender Ausschuss gemäß § 6 Abs. 7 der Stiftungssatzung gebildet wurde, über wesentliche Angelegenheiten der Kapitalanlageplanung und -steuerung sowie über Kapitalanlageergebnisse beraten bzw. informieren lassen.

Der Jahresabschluss über das Geschäftsjahr 2014 wurde von der CURACON GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Darmstadt geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Der verantwortliche Wirtschaftsprüfer der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat in der Sitzung des Stiftungsrats am 30. Mai 2016 über die wesentlichen Ergebnisse seines Berichts über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2014 und des Lageberichts berichtet. Der Stiftungsrat hat daraufhin gemäß § 7 Abs. 1 Satz 2 Buchstabe g der Stiftungssatzung den Jahresabschluss (Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung) sowie den Geschäftsbericht für das Geschäftsjahr 2014 festgestellt; dem Vorstand wurde für das Geschäftsjahr 2014 Entlastung erteilt.

Karlsruhe, den 30. Mai 2016



Urs Keller
Vorsitzender des Stiftungsrats